

**Jahresmedienkonferenz «VCS fordert Neuausrichtung der Strassenbaupolitik»  
Montag, 16. Januar 2023, Bern**

## **VCS fordert Neuausrichtung der Strassenverkehrspolitik**

**Ruedi Blumer, Präsident VCS Schweiz, Kantonsrat SP/SG**

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Pläne des Bundes zum weiteren Ausbau der Nationalstrassen sind völlig aus der Zeit gefallen. In Zeiten, in denen der Verkehr seine Emissionen zur Erreichung der Klima- und Umweltziele massiv reduzieren muss, ist ein Rückbau und kein Ausbau von Strassen für den Autoverkehr angebracht. Die bisherige Strassenbaupolitik der Schweiz schafft neue Verkehrsprobleme, statt diese zu lösen. Dem Ausbau der Nationalstrassen liegt eine falsche Herangehensweise zugrunde: Aufgrund veralteter Prognosen werden Infrastrukturen ausgebaut, welche den prognostizierten Mehrverkehr zu einem wesentlichen Teil selbst induzieren, anstatt dass – wie aus Lärm-, Klima- und Umweltschutzgründen unbedingt angezeigt – alternative Massnahmen beschlossen werden, welche möglichem Mehrverkehr von Autos entgegenwirken. Die veraltete Strassenbaupolitik gefährdet überdies die Biodiversität und zerstört wertvolles Kulturland.

Viele Strassenbauprojekte stammen aus grauer Vorzeit. Einfach anzunehmen, sie entsprächen nach wie vor dem Volkswillen, ist vermessen. Das zeigt sich auch am wachsenden Widerstand gegen den achtspurigen Ausbau am Grauholz – eines der Projekte des Bundesrates. Aber auch bei zwei Strassenbauprojekten im Kanton Bern, gegen welche die VCS Sektion Bern zusammen mit Partnern 23'000 Unterschriften gesammelt hat. Und im Kanton St. Gallen hat das Stimmvolk im letzten September einen Sonderkredit für die Arealentwicklung Wil West abgelehnt. Die Zerstörung einer riesigen Kulturlandfläche – unter anderem durch einen neuen Autobahnanschluss – wurde von links und rechts bekämpft.

Es darf keine Investitionen in Infrastrukturen mehr geben, die zusätzliche Emissionen verursachen und die bisherige umweltfeindliche Verkehrsplanung zementieren. Jetzt gilt es die Verkehrswende anzustreben.

Der Bund hat mit den Agglomerationsprogrammen ein gutes System, um lokale Strassenverkehrsprojekte in Städten zu fördern. Bei der Auswahl dieser Projekte ist die Umweltfreundlichkeit zu Recht ein wichtiges Kriterium. Deshalb betreffen die Agglomerationsprogramme häufig Tram-, Bus- und Veloprojekte. Bei der 4. Generation der Aggloprogramme, die dieses Jahr in den eidg. Räten zur Beratung ansteht, wird offensichtlich, dass die für Langsamverkehr und ÖV vorgesehenen Gelder nicht reichen. Vorgesehen sind für Aggloprogramm-Projekte in der Regel nur zwischen 9-12 Prozent der NAF-Gelder. (Art. 17f MinVG) Die Folge ist, dass baureife Projekte, die vom Bund als geeignet beurteilt worden sind, aus rein finanziellen Gründen um 4 Jahre verschoben werden müssen. Um das zu vermeiden, müsste der Prozentsatz für umweltfreundliche Verkehrsprojekte deutlich erhöht werden. Weiter ist der Klimaschutz ein Kriterium, das stärker zu berücksichtigen ist. So sollen zukünftig Bauprojekte, die den gesetzlichen Klimazielen für den Strassenverkehr entgegenstehen, nicht mehr finanziert werden.

**VCS Verkehrs-Club der Schweiz**

Aarberggasse 61, Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 328 58 58, IBAN CH48 0900 0000 4900 1651 0  
[www.verkehrsclub.ch](http://www.verkehrsclub.ch), [vcs@verkehrsclub.ch](mailto:vcs@verkehrsclub.ch)

Unter diesen Umständen ist eine Fortschreibung der bestehenden Strassenfinanzierung sinnlos und muss überdacht werden. Sollten die Eidg. Räte dem Autobahnausbau-Programm STEP Strasse 2023 in dieser völlig überholten Form zustimmen, sähe sich der VCS veranlasst, das Referendum zu ergreifen.